



Prof. Manfred Max Bergman (*1964) studierte an der University of California und der Universität Genf. Nach der Promotion an der Cambridge University war er Lecturer an deren Faculty of Social and Political Sciences, Forschungsdirektor am Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst für die Sozialwissenschaften und nahm zusätzlich Lehr- und Forschungsaufträge an verschiedenen Universitäten in Europa wahr. Seit 2005 ist er Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel.

«Die Frage», so der Nationalökonom Alfred Marshall 1873, «ist nicht, ob alle Menschen letztendlich gleich sein werden – das werden sie sicherlich nie sein –, sondern ob der Fortschritt nicht langsam, aber stetig weiter geht, bis wenigstens im Hinblick auf den Beruf jedermann ein Gentleman ist.» Er meinte, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft durch staatsbürgerliche Rechte «Gentlemen» werden könnten. Einem solchen Verständnis gesellschaftlicher Inklusion entziehen sich implizit Frauen und explizit Nichtbürger, obwohl beide grosse und bedeutende Gruppen sind. 1950 teilte der Soziologe Thomas Humphrey Marshall Staatsbürgerschaft in drei Bereiche ein: in einen *zivilen Bereich*, der die Freiheit der Person, Rede-, Meinungs-, Glaubensfreiheit und das Recht auf Eigentum beinhaltet; einen *politischen Bereich*, der das Recht umfasst, als politischer Vertreter oder Wähler Macht auszuüben; und einen *sozialen Bereich*, der sich auf das Recht sozialer Wohlfahrt und gesellschaftlicher Teilhabe bezieht. Zwar wurde bereits damals die hohe Bedeutung eines frei zugänglichen Bildungssystems für soziale Gerechtigkeit erkannt. Aber es waren auch schon viele davon überzeugt, dass eine der grössten Hürden zur Verwirklichung von Gerechtigkeit und Gleichheit der Kapitalismus sei: Dieser könne nicht gleichzeitig eine gerechte Ressourcenverteilung fördern wie auch individuelle Ansprüche sicherstellen. Die egalitären Ideale der Staatsbürgerschaft werden durch die Praxen der Marktwirtschaft eingeschränkt, sodass Besitz nicht umverteilt, sondern legitimiert und geschützt wird.

Spätestens seit den 1940er-Jahren wird gemeinhin angenommen, dass Bildung zur Gleichheit oder zumindest zu sozialer Gerechtigkeit beiträgt. Dies insbesondere aufgrund eines freien Zugangs zum Bildungssystem einerseits und einer wachsenden Abhängigkeit zwischen (Aus-)Bildung, Erwerbstätigkeit und ökonomischer Vergütung andererseits. Dabei wird oft davon ausgegangen, dass Vermögen durch den Bildungsgrad in einem frei zugänglichen Bildungssystem, durch persönliche Fähigkeiten und lebenslange Bemühungen sowie durch die Akkumulation und Rückinvestition von Kapital in einer rationalen und kapitalistischen Wirtschaft erreicht wird. Doch ökonomisches Kapital resultiert nicht nur aus Bildung und Beruf, sondern kann auch seinerseits in Ressourcen wie Bildung und damit Beruf konvertiert werden. So lassen sich auch nichtökonomische Ressourcen als Kapitalformen betrachten, wie der Soziologe Pierre Bourdieu zeigte. Zu diesen gehören sowohl *kulturelles Kapital*, also Ressourcen aus Bildung, Wissen und Fähigkeiten, als

auch *soziales Kapital*, das von Netzwerkpositionen innerhalb institutionalisierter sozialer Beziehungen abhängt, wie etwa persönlichen Kontakten oder Mitgliedschaften.

Für die Schweiz zeigen Studien eine beständige und starke Verbindung zwischen diesen Kapitalformen innerhalb und zwischen Generationen. Eltern haben oft ähnliche Bildungsgrade, und ihre Kinder folgen tendenziell ihrem Bildungsniveau. Der Bildungsgrad ist mit der Art der Erwerbsarbeit wie mit dem entsprechenden Prestige und Einkommen verbunden. Erwerbsarbeit, Prestige und Ausbildung bestimmen, ob und welche Typen sozialer Netzwerke gepflegt werden, und letztlich, mit wem Freundschaften und Partnerschaften geschlossen werden. Auch lassen sich Zusammenhänge zwischen Ressourcen und deren Zugang über das soziale Umfeld, besonders mit Hilfe von Freundschafts-, Bekanntschafts- und Verwandtschaftsnetzwerken, nachweisen. Alle Mitglieder einer Gesellschaft sind in Netzwerke eingebunden: soziale, kulturelle, politische und ökonomische. Als Funktion und Konsequenz unterschiedlicher Austauschprozesse bildet sich dadurch eine Sozialstruktur, die wiederum verschiedene Formen von Austausch ermöglicht und reproduziert. Ähnlich wie in anderen Ländern sind die Beziehungen in der schweizerischen Gesellschaft durch Homogamie – der ressourcenbezogenen Ähnlichkeit von Freundschafts- und Partnerschaftsnetzwerken – geprägt, obwohl es auch Abweichungen gibt. So heiraten Frauen nicht nur eher gleich gestellte, sondern auch höher positionierte Männer, während diese eher gleich oder niedriger gestellte Frauen heiraten. Wenn eine Frau einen geringer positionierten Mann heiratet, sinkt oft die Gesamtposition des Haushalts auf das Niveau des Mannes, und die spätere soziale Position ihrer Kinder passt sich eher an dessen niedrigere Position an. Auf ökonomischer, politischer und sozialer Ebene kann eine Vererbung von Vorteilen festgestellt werden, die durch den Transfer zwischen verschiedenen Kapitalformen verankert ist. Was sich im Lauf der Zeit verändert hat, ist weniger die eigenleistungsorientierte Umverteilung an Ressourcen, sondern die Wahrnehmung der Gesellschaft: Zunehmend herrscht die Ansicht, dass alle Menschen ähnlich behandelt werden und ihre sozialen Positionen aufgrund ihrer Leistungen belegen. Die Bekämpfung sozialer Ungleichheit wird heute von der Wahrnehmungsstörung bedroht, dass strukturelle, vererbte Vorteile entweder nicht existieren oder durch individuelle Leistungen gerechtfertigt sind. Dabei unterstützen und rechtfertigen die Praxen einer ungezähmten Marktwirtschaft ungerechte und ungleiche Sozialstrukturen.

Die ersten beiden Teile dieser Serie zu sozialer Ungleichheit beschäftigen sich mit der Verortung und Signifikanz des Begriffs wie auch mit den Arten von Ungleichheitsstrukturen. Der dritte fragte nach den Beziehungen zu Konsummustern und Lebensstilen. Diesmal werden die systematische und reziproke Natur von Ungleichheitsdynamiken fokussiert. Der letzte Teil wird schliesslich die soziopolitischen Auswirkungen des abnehmenden Interesses an Ungleichheit als politischem und sozialwissenschaftlichem Thema behandeln.